

REDE 1. MAI 2018

Kreuzlingen, 1. Mai 2018

Sperrfrist: 1. Mai, 10.30

Daniel Lampart, SGB

Der Aufschwung muss den ArbeiterInnen und Angestellten gehören

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Nach 10 Jahren Finanz- und Frankenkrise geht es auch mit der Schweizer Wirtschaft endlich aufwärts. Es gibt weniger Arbeitslose. Und die Beschäftigung steigt. Der Franken ist zwar noch nicht bei 1.30, wo er eigentlich sein sollte. Aber er hat korrigiert.

Dieser Aufschwung muss den Berufstätigen in der Schweiz gehören. Viele von ihnen mussten während der Krise Opfer bringen. Die Bruchpiloten und Abzocker in den Banken, welche die Krise verursacht haben, zahlen sich hingegen bereits seit Jahren gleich hohe Millionen-Boni wie vor der Krise.

- Viele Arbeiter und Angestellte mussten während der Krise länger arbeiten. Die Arbeitszeiten sind erstmals seit langem gestiegen.
- Der Stress am Arbeitsplatz hat zugenommen. Weil die Arbeitgeber Stellen abgebaut und Vakanzten nicht mehr ersetzt haben.
- Wir Gewerkschaften haben zwar – trotz überbewertetem Franken – Lohnerhöhungen herausgeholt. Aber bei langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bei Berufsleuten mit Lehre gibt es einen Lohnrückstand.
- Die Pensionskassenrenten sinken - wegen den rekordtiefen Zinsen.
- Und die älteren Arbeitslosen haben grosse Mühe wieder eine Stelle zu finden. Frühpensionierungen liegen kaum mehr drin. Weil die Pensionskassenrenten sinken.

Für die betroffenen älteren Arbeitslosen ist es ein Schlag ins Gesicht, wenn der Sprecher der Kantonsregierungen in Bern sagt, dass die Arbeitslosigkeit der über 55-Jährigen „kein signifikantes Problem“ ist. Was sie brauchen, ist eine bessere soziale Absicherung und einen besseren Schutz gegen missbräuchliche Kündigungen.

Ganz anders reden die Kantonsregierungen, wenn es um Steuersenkungen für die Firmen geht. Wir haben die Unternehmensteuerreform III in der Volksabstimmung klar versenkt, weil die Privathaushalte die Milliardenausfällen hätten bezahlen sollen. Doch die Kantonsregierungen wollen die flächendeckenden, masslosen Steuersenkungen der USR III nach wie vor durchsetzen. Als wäre nichts gewesen. Die Steuersenkungen seien „dringend erforderlich“. Obwohl nur rund 500 privilegierte Firmen von der Abschaffung der Steuervorteile effektiv betroffen sind, wollen sie für 200'000 Unternehmen die Steuern senken. So geht das nicht. Die neue Unternehmenssteuerreform muss anders ausschauen. Die Firmen und ihre Aktionäre müssen bezahlen. Für die Privathaushalte braucht es hingegen eine Entlastung – beispielsweise über höhere Prämienverbilligungen oder andere Massnahmen. Denn sie leiden schon heute unter den stark steigenden Krankenkassenprämien und Lebenshaltungskosten.

Auch die Abstimmung gegen die No-Billag-Initiative war ein Erfolg. Die Bevölkerung sprach sich einmal mehr klar für den Service-Public aus. Doch im Departement Leuthard ist das offenbar noch nicht angekommen. Bundesrätin Leuthard bereitet nicht nur die vollständige Strommarktöffnung vor. Sondern sie stellt auch die Weichen im öffentlichen Verkehr so, dass das Verkehrschaos in der Schweiz noch grösser werden wird. Zynisch ist die Haltung zu den Fernbussen mit ihren Dumpinglöhnen. Weil die Fernbusse viel billiger seien als die Bahn, hätten sie „in einkommensschwächeren Gruppen grosses Potenzial.“ Auf Deutsch heisst das: Künftig sollen nur noch die Besserverdienenden ihre Freunde pünktlich mit der Bahn in einer anderen Stadt besuchen können. Bei den Armen ist es dem Bund hingegen offenbar egal, wenn sie mit dem Fernbus im Stau stecken bleiben. Solche Machenschaften untergraben den gut funktionierenden und sozialen Service-Public in der Schweiz. Das werden wir bekämpfen.

Eine der grossen Fragen ist und bleibt die Europafrage. Europa muss und kann sozialer werden. Interessant ist die Entwicklung beim Europäischen Gerichtshof. Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche seiner Urteile gegen den Lohnschutz kritisiert. Weil der Gerichtshof den Marktzugang von Firmen höher gewichtete als den Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen. Doch der Gerichtshof urteilte früher anders. Er trug zum sozialen Europa bei. Indem er Gastarbeitern die gleichen Sozialleistungen zusprach wie den einheimischen Arbeitskräften.

In der Finanzkrise hat sich die soziale Lage in der EU zugespitzt. Der frühere griechische Finanzminister Varoufakis schreibt in seinen Erinnerungen an die Finanzkrise über sein erstes Treffen mit dem deutschen Finanzminister Schäuble. Schäuble hätte gar nicht über die Finanzen Griechenlands sprechen wollen, sondern darüber wie man die Sozialversicherung in Europa auf das Niveau von Indien und China hinunterbringen würde. Zur Verbesserung der „Wettbewerbsfähigkeit“, wie Schäuble sagte.

Unsozial sind auch die Druckversuche der EU-Kommission auf die Schweizer Flankierenden Massnahmen. In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden – unabhängig von der Herkunft. Das ist das Ziel der Flankierenden. Am besten auf den Punkt gebracht hat das ein deutscher Bauarbeiter, der in der Schweiz kontrolliert wurde. Er sagte: „Diese Lohnkontrolle finde ich super. Denn ich will einen Schweizer und keinen deutschen Lohn in der Schweiz!“

Das europäische Projekt hat ein enormes soziales Potenzial. Das zeigt auch die im letzten Jahr verabschiedete „europäische Säule sozialer Rechte“. Entscheidend für die Zukunft ist der Kampf und die Durchsetzungsfähigkeit der sozialen Kräfte in Europa – für gute Löhne und Sozialleistungen und für sichere Arbeitsplätze.

Zurück zur Schweiz: Erschütternd und völlig von Gestern ist die Diskussion über die Massnahmen gegen die Lohndiskriminierung der Frauen. Wir Gewerkschaften haben eine Madame Égalité vorgeschlagen, die Lohnkontrollen machen und Bussen verteilen kann. Ganz anders ein paar ältere Männer im Ständerat: Sie lehnen sogar ab, dass grosse Firmen ihre Löhne alle vier Jahre überprüfen müssen. Die Schweizer Stimmbevölkerung hat den Politikern in der Verfassung den Auftrag gegeben, dafür zu sorgen, dass Frauen für die gleiche Arbeit gleich viel verdienen wie die Männer. Nur schon die Tatsache, dass die Schweiz das im 21. Jahrhundert überhaupt diskutieren muss, ist ein Armutszeugnis.

Unsere Arbeit und unsere Kämpfe für soziale Verbesserungen sind hart und brauchen Ausdauer. Es wird uns nichts geschenkt. Doch wir sind kämpferisch, stark und schlagkräftig. Wenn wir zurückschauen, können wir sagen: Wir haben vieles erreicht.

- Bei der AHV: Dank uns erhalten tiefe und mittlere Einkommen eine AHV-Rente mit einem für sie unschlagbaren Preis-Leistungsverhältnis. Weil alle, auch die Topverdiener, voll in die AHV einzahlen müssen und trotzdem niemand mehr als die Maximalrente erhält.
- Bei den Arbeitszeiten: Unmittelbar vor dem Landesstreik vor 100 Jahren wurden in der Industrie noch 58 Stunden pro Woche gearbeitet. Dank dem Landesstreik kam die 48h-Woche. Heute sind es noch etwas über 41 Stunden.
- Bei den Mindestlöhnen: Dank unseren Mindestlohnkampagnen sind die untersten Löhne in der Schweiz bei vielen über 4000 Franken gestiegen – im Gegensatz zu anderen Ländern in Europa, wo sie gesunken sind.

Unsere Arbeit und unser Kampf gehen weiter:

- Es braucht wirksame Massnahmen gegen die Lohndiskriminierung der Frauen.
- Es braucht substanzielle Lohnerhöhungen für langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Berufsleute mit Lehre.
- Es braucht mehr Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen.
- Es braucht einen besseren Schutz und eine bessere soziale Absicherung der älteren Arbeitnehmer.
- Es braucht eine Senkung der Arbeitszeiten.
- Und es braucht eine positive Wende bei den Altersrenten. Die AHV hat für tiefe und mittlere Einkommen das beste Preis-Leistungsverhältnis. Deshalb halten wir Gewerkschaften an der Forderung einer Stärkung der AHV fest.

Wir Gewerkschaften haben die Sozial- und Wirtschaftspolitik wesentlich geprägt. In der Schweiz und in Europa. Und wir werden sie weiter prägen. Für eine Zukunft für alle. Damit der Aufschwung den ArbeiterInnen und Angestellten gehört. Dank starken Gewerkschaften.

Ich wünsche euch einen schönen ersten Mai!